

Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg
Amtsgericht und versch. Gemeinden

Anzeigenpreis: Die fegelpaltene Korpuszelle oder deren Raum Pfg., die fegelpaltene Reflamazelle Pfg. **Beilagen:** Pfg. für das Hundert, ausschließlich Postgebühr. — Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer 6,00 M., frei Haus 6,20 M., durch die Post einschl. Bestellgeld 6,75 M. Anzeigen: Zeile 40 Pf., Reklamezeile 1 M., einschl. Steuer.

22 Jahrgang

Reichsband der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen,
Ortsgruppe Remberg und Umgegend.

Schü=Li

Amerikanische Politik.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist der neue Präsident gewählt worden, der im Anfang des Jahres 1921 der Nachfolger des Präsidenten Wilson werden soll, der dann acht Jahre hindurch das höchste Amt bekleiden haben wird, welches die große Republik jemals des Ozeans zu vergeben hat. Wenn auch die Wahl jedesmal nur auf die Dauer von vier Jahren erfolgt, so ist sie doch schon seit einem Jahrzehnte ein Ereignis auch für Europa gewesen, denn die Fälle von Wahl, die das nordamerikanische Staatsoberhaupt bezieht und die weit über den Rahmen des eigenen Einflusses hinausgeht, den z. B. früher der deutsche Kaiser bezieht, machte bei den engen Handelsbeziehungen zwischen Amerika und Europa die Person des Präsidenten für alle europäischen Regierungen bedeutsam.

Der politische Kampf in Nordamerika wird im wesentlichen zwischen zwei Parteien geführt, deren Grundidee allerdings im Laufe der Jahre sich bedeutend abgeändert und vermindert haben. Die republikanische Partei war ursprünglich die herrschende Partei in den Nordstaaten der Union, trat für die Emanzipation der Neger, für den Schutz und die Befestigung der Union, gegen die Korruption in der Verwaltung, die Verwirklichung eines so schlichten Auf, daß sie die nach dem Bürgerkrieg von 1861-1865 genannte Regierungsgewalt vor dreißig Jahren an die Demokraten verlor, zu denen auch der letzte Präsident Wilson gehörte. Die Demokraten waren die Vertreter der Südstaaten, gegen die Regierung, für Befestigung der brüderlichen Liebe und für größere Befähigung der Volksteile, gegen die Republikaner, die die Republikanten. Die Republikanten waren auch für Anexionen im Ausland, die Demokraten dagegen, sowie für strenge Neutralitätspolitik. Über alle diese Grundidee haben sich, wie gesagt, mit den Jahren mehr oder weniger vermindert, die Hauptidee blieb schließlich der Kampf um die Macht, denn mit dem Präsidentenwechsel gehen auch politische Vorteile, die Groß-Geheimnisse, die Durchführung einer gemeinsamen Geschäftspolitik.

Zur Erlangung des Sieges bei der Präsidentenwahl war deshalb jedes Mittel recht. Als 1916 Wilson gewählt wurde, der die Neutralität zu Gunsten der Entente mitschaltete, hatte sein republikanischer Gegenstandsbild in die durch ihn überprüften, daß er schon damals den Krieg gegen Deutschland forderte. Diesmal hat die demokratische Partei, die Wilson, daß Wilson sich von Frankreich und England bei seinen Beziehungen in Europa über die Hand ließ. Den Dollar-Millionären war es wohl sehr angenehm, daß die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgeglichen wurde, aber es lag ihnen gar nichts daran, sie durch englischen und französischen Wettbewerb ersetzt zu sehen und sich gar noch für diese Staaten in Unkosten zu führen, wie es das von Wilson geplante Bündnis mit den Ententemächten vorsah. Auch die Wilsonsche Weltföderation Idee von seinen eigenen Landesteilen feindlich aufgenommen worden.

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten wird also ganz selbstverständlich eine gemeinsame Geschäftspolitik verfolgen, und zwar gegenüber aller Welt, denn das gewaltige amerikanische Handels- und Industrieskapital kann nicht unbeteiligt auf der Weltbühne stehen bleiben. Aus dem Friedensverträge mit Deutschland, der noch abzuschließen ist, werden wir sehen, welche Wege der neue Präsident einschlagen gedenkt.

Neue deutsche Wirtschaftsverträge.

Mit Teutisch-Österreich, der Tschecho-Slowakei und Ungarn.

Dem Reichsrat und Reichstag gehen jetzt die Gesetzentwürfe über drei Wirtschaftsverträge zu, die Wirtschaftsminister Dr. Stöcker am 1. November im Namen der Reichsregierung mit der tschecho-slowakischen, tschecho-slowakischen und königlich ungarischen Regierung abgeschlossen hat. Diese Handelsverträge bedeuten zweifellos einen großen Fortschritt auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und den erwähnten Staaten. Sie stellen die ersten Verträge

dar, die die wirtschaftlichen Beziehungen zu einem Teil des Auslandes, die durch den Krieg bzw. durch den Friedensvertrag unterbrochen worden waren, wieder in völlerer Weise herzustellen lassen. Wir können nicht zu weit gehen, daß die Verträge auch uns ganz mehr oder weniger schwere Bedingungen auferlegen, und daß nicht alle Wünsche befriedigt werden konnten. Andererseits ist aber auch uns unverkennbare Vorteile zu.

Das Prinzip der Wirtschaftsförderung, auf dem die Verträge aufgebaut sind, ist der erste wichtige Vorteil gegenüber den Beziehungen unserer Feinde, uns vom ganzen Weltmarkt auszuschließen, gewinnlos. Die Wirtschaftsförderung erstreckt sich nicht nur auf den Zollverkehr, sondern auch auf den Warenverkehr, auf die wirtschaftliche Beihilfe der beiderseitigen Staatsangehörigen und der Gesellschaften, ferner auch auf die Möglichkeit des Erwerbes von beweglichen und unbeweglichen Vermögen sowie von Abgaben und Steuern der verschiedenen Art ausgedehnt. Somit kann sich jeder Teil wirtschaftlich im Gebiete des anderen Teils unter den gleichen Bedingungen betätigen wie ein dritter Staat und es ist dadurch den Boden für freie und faire Konkurrenz geschaffen.

Freiheit des Durchgangsverkehrs. Weitere Bestimmungen des Handels- und Wirtschaftsverkehrs zwischen den vertragsschließenden Ländern und durch die gegenseitige Gewährung der freien Durchfuhr befreit. Im dem Einkommen mit der Tschecho-Slowakei und Österreich kommt auch der Regelung der Grenzschlepperei, die wirtschaftliche Leistungen des Grenzverkehrs in sich schließt, eine große Bedeutung zu.

Infolge des Zusammenbruchs der österreichisch-ungarischen Monarchie sind sowohl Österreich als auch die Nachfolgestaaten als Mitglieder der internationalen Verträge über den Eisenbahn-Frachtverkehr sowie der internationalen Bagageregelungen zunächst ausgeschlossen. Durch die abgeschlossenen Wirtschaftsverträge ist auf der Basis der Bestimmungen der erwähnten Verträge der gemeinsame Eisenbahnverkehr neu geregelt worden.

Weitere Abkommen sind ferner mit der Tschecho-Slowakei über den gegenseitigen Bezug von Kohle, mit der Tschecho-Slowakei und Österreich über die Regelung gewisser finanzieller Fragen, insbesondere über die Behandlung der Sperrgutabgaben sowie die Behandlung österreichischer und ungarischer Kriegsanleihen, die sich im Eigentum deutscher Reichsangehörigen befinden, geschlossen worden.

Mit der tschecho-slowakischen Regierung ist ferner ein besonderes Abkommen geschlossen worden über die Anwendung des Artikels 297 des Friedensvertrages von Versailles, der den alliierten und assoziierten Mächten, also auch der tschecho-slowakischen Republik, das Recht gewährt, die Güter, Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger der Liquidation zu unterwerfen. Die tschecho-slowakische Regierung hat zwar nicht in ganzem Umfang auf dieses Recht verzichtet, sie hat sich aber bereit erklärt, seine Anwendung so weit als möglich einzuschränken, daß dadurch die für den deutschen Weltverkehr drohende Gefahr eingeschränkt worden ist. Das Liquidationsabkommen steht im organischen Zusammenhang mit dem abgeschlossenen Staatsangehörigkeitsverträge, die den deutschen Reichsangehörigen, die nicht in den abgetretenen Gebieten, sondern in der übrigen Tschecho-Slowakei zurzeit der Begründung dieses Staates ihren Wohnsitz hatten, die deutsche Staatsangehörigkeit erhält. Die Verträge, die zweifellos einen fröhlichen Schritt vorwärts auf dem Wege zum Wiederaufbau Mittel-Europas bedeuten, werden sicherlich von sämtlichen beteiligten Parlamenten ratifiziert werden.

Die Selbstverwaltung der Provinzen.

Gegen die Verfassungsbefreiungen in Preußen. Den Verfassungsbefreiungen, die sich in vielen Teilen Preußens seit der Währungsreform in Hohenzollern

zum Maße bemerkbar machen und die bereits die Auflösung Ober-Schlesiens herbeigeführt haben, sieht man seitens der Regierung und der Parlamentsmehrheit jetzt dadurch zu begegnen, daß man den einzelnen Provinzen weitgehende Selbstverwaltung überträgt. Man geht davon aus, daß es in erster Linie die Kraft Zentralisierung der Regierung ist, die die von Berlin entfernten Landesteile mit dem Berliner Regiment unzufrieden macht, weil sie bei diesem zu wenig Berücksichtigung für ihre Eigenart zu finden glauben. Besonders stark sind diese Befreiungen in Oberschlesien. Hier hat man sich ja jetzt im Hinblick auf die Verfassungsbefreiung bereit gefunden, das Land ganz von Preußen zu lösen - in der Rheinland, dann auch in Hannover, wo die alten westlichen Einrichtungen noch sehr mächtig sind. Auch Schleswig-Holstein und Ostpreußen beantragen sich eine Sonderbehandlung.

Die Bestimmungen des Verfassungsentwurfs. Um diesen Wünschen entgegenzukommen und jedem Landesteil eine eigene, seiner Eigenart entsprechende Stellung zu geben, hat der Verfassungsausschuß der Preussischen Landesversammlung im § 53 Abs. 2 und 3 des Verfassungsentwurfs folgende Bestimmungen getroffen:

- Die Provinzen behalten nach Maßgabe des Gesetzes durch ihre eigenen Organe.
- a) vollständig die ihnen gesetzlich obliegenden oder freiwillig von ihnen übernommenen eigenen Angelegenheiten (Selbstverwaltungsangelegenheiten),
- b) das ausschließliche Organe des Staates die ihnen übertragenen staatlichen Angelegenheiten (Auftragsangelegenheiten).

Das Gesetz wird den Kreis der den Provinzen übertragenen Selbstverwaltungsangelegenheiten erweitern und ihnen Aufgaben übertragen.

Ob der Satzungsplan in dieser Form von dem Plenum angenommen werden wird, ist noch nicht recht sicher. Anzunehmen ist, daß die Provinzen und die Sozialdemokraten sind zwar dafür, doch bezeugt die Zustimmung auf der anderen Seite großen Widerspruch. Besonders die Reichsparteien, aber auch viele Demokraten, sehen in ihr die Zerschlagung der preussischen Staatseinheit.

Zu dieser Auffassung haben sich auch die preussischen Oberpräsidenten und Landesdirektoren unter denen sich neben den alten Sachgeheimen bekanntlich auch sozialdemokratische und demokratische Parteien befinden, in einer kürzlich zusammengetretenen Konferenz einmütig ausgesprochen. Sie haben in der Übertragung neuer staatlicher Funktionen auf die Provinziallandtage eine Zerschlagung der Einheit des Staatsbaues, eine Zerschlagung der Einheit Preußens, die letzten Endes eine Zerschlagung der Reichseinheit nach sich ziehen würde.

Es ist freilich die Reichsparteien, zu deren politischem Programm bekanntlich die Erhaltung eines starken, einheitlichen Preußens gehört. Ein starkes Preußen ist das Rückgrat eines starken Reiches, die Kleinhafterei des Reiches Untergang. Schon die Auflösung Ober-Schlesiens ist der Anfang der Zerschlagung Preußens, hier sei ein Präzedenzfall geschaffen worden, der die anderen nicht ruhen lassen werde. Und diese weitgehende Selbstverwaltung der einzelnen Provinzen würde den Verfassungsbefreiungen nicht entgegen, sondern für sie, da sie sie in wesentlich erleichtert. Befürworter dieser Befürwortungen sind durch die Worte des rheinischen Zentrumsführers Prof. Dr. Lauffer in der Landesversammlung, der da sagte, daß seinen Freunden an der Erhaltung Preußens nichts liege, nur an der Erhaltung des Reiches, der die Frage sich aus diesen Worten ein Wenig haben, der die Interessen der Provinzen mit denen des Reiches des Gesamtstaates und damit auch denen des Reiches zum Ziele und zur Befriedung aller Teile verbindet.

Die Neubildung der deutschen Länder.

Die vom Reichsministerium des Innern einberufene Zentralstelle für Neubildung der deutschen Länder trat Donnerstag in den Räumen des Ministeriums zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Reichs-

Die letzte Woche.

Die große politische Auseinandersetzung im Reichstage ist nach halbtägiger Pause in den Sitzungen beendet worden. Der Kampf der inneren und äußeren Verhältnisse ist erkannt worden, und wenn sich auch die Meinungsverschiedenheiten nicht vermindert haben, so ist doch ein genügender Arbeitswille zu erwarten, um die vorhandenen Schwierigkeiten soweit zu beseitigen, als dies überhaupt möglich ist. Die wirtschaftliche Bedrängnis kann im Verlauf des Winters kaum wesentlich mehr einen bestimmten Abzug der Preise verringert werden, es muß aber alles geschehen, um ihn für das Frühjahr 1921 vorzubereiten.

Die deutsche Republik wird am 9. November zwei Jahre alt. Es ist im letzten Jahre sehr gegangen, als im ersten, wenn es auch an sehr ersten Tagen (Kapp-Putsch, Generalstreik, Unruhen in Rheinland-Westfalen und im mitteldeutschen Kohlenrevier) nicht gelacht hat. Die deutsche Republik ist in einem Zustand neuer Wiedergeburt, wie viel wir noch tun müssen, um die alte Kreditwürdigkeit wieder zu gewinnen. Wenn dazu schon die Einigkeit des Volkes erforderlich ist, so erst recht die der Regierung. Zwischenfälle, wie die der Meinungsverschiedenheiten über die Einmühenheiten unterliegen besser, da die Entente daraus sofort Kapital schöpft. Die Erhebung des ober-schlesischen Grenzbezirks zum selbständigen Staat ist beschleunigt worden, und es ist nur zu wünschen, daß der Lauf für die außerordentliche Vorbereitung nicht ausbleibt.

England und Frankreich haben sich über die Bemessung der Höhe der deutschen Kriegsschuldung und über die Rechte, die Deutschland bei seiner Teilnahme an der Konferenz in Genf haben soll, noch immer nicht einigen können. Auch Italien, das ein großes Defizit in seinen Staatsfinanzen hat, drängt auf Erleichterung. Die Franzosen, die am 11. November, dem Tage des Abfalls des Waffenstillstandes 1918, das 30-jährige Bestehen ihrer Republik feiern wollen, verhalten sich bisher ablehnend. Sie sind noch extra erobert, daß England die in der britischen Bank liegenden deutschen Kapitalien von der Beschlagnahme freizugeben hat. Da es sich aber hierbei wesentlich

um das Geschäftswort der Bank handelt, wird wohl George dabei bleiben. Die Zahl der abzuliefernden über 800 000 deutschen Markstücke soll auf die Hälfte herabgesetzt werden. Frankreich braucht überhaupt keine Hilfe von uns, sein Bedarf darin ist längst gedeckt. Über die Angelegenheit der 20-Mark-Münzen wird eine volle Verständigung erwartet. In der englischen Kohlenkrise wird voraussichtlich in der kommenden Woche die Arbeit allgemein wieder aufgenommen werden.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat nunmehr die Präsidentenwahl stattgefunden. Nach der für Amerika glücklichen Beendigung des Weltkrieges hatte der bereits zweimal zum Staatsoberhaupt gewählte Wilson endlich einmütig daran, zum dritten Male als Kandidat aufzutreten, was bei seinem bisherigen Präsidenten vorangegangen war; aber seine Krankheit machte ihm einen Strich durch die Rechnung. Dann ließ auch das von Wilson geplante Bündnis Amerikas mit Frankreich und England auf großen Protest. Es hätte die amerikanische Handelsmacht in ausländischen Kriegsschiffen gelegt, und diese Möglichkeit einer Selbstverleumdung hätte den Panzer gar nicht. Zum großen Teil auch Wilsons eigenen Ansichten nicht. Der neue Präsident der Vereinigten Staaten, der sein Amt erst in einem Vierteljahr antritt, wird also wieder in die früheren Verhältnisse der amerikanischen Politik einleiten.

In Athen ist ein Agent zur Rettung der griechischen Griechenlands eingesetzt worden, bis sich der 20-jährige Prinz Paul, der jüngere Bruder des verstorbenen Königs Alexander, zur Kronbesteigung einfinden haben wird. Der Mann, der die Macht in Händen hat, wird bis auf weiteres der Ministerpräsident Benizelos bleiben.

Bundesstaat Oberschlesien.

Das neue Autonomiegesetz.

Dem Reichsrat liegt jetzt der von der Regierung angekündigte Gesetzentwurf vor, der der preussischen Provinz Oberschlesien unter Aufhebung der Sperrkraft des Artikels 167 der Reichsverfassung die Selbständigkeit eines deutschen Gliedstaates geben soll, wenn die Be-

willigung es wünscht. Der Gesetzentwurf wird durch die besonderen Verhältnisse begründet, die namentlich durch die Volksabstimmung in Oberschlesien geschaffen worden sind. Ausdrücklich wird erklärt, daß die Bestimmung für Oberschlesien eine Ausnahmebestimmung sei, die nicht den Anlaß geben dürfte, für andere Gebiete ähnliche Bestimmungen zu treffen.

Die Grundzüge des Entwurfs. Der Entwurf geht zunächst im Art. 167 der Reichsverfassung getroffene Bestimmung, nach der erst nach Ablauf von zwei Jahren seit Inkrafttreten der Reichsverfassung Änderungen der Gebietseverhältnisse der deutschen Bundesstaaten eintreten dürfen, für Oberschlesien auf. Innerhalb zweier Monate nach der Volksabstimmung, wenn Ober-Schlesien sich für Deutschland entschieden hat und die deutschen Behörden die Verwaltung wieder übernommen haben, soll die Bevölkerung der Provinz darüber abstimmen, ob Oberschlesien preussische Provinz bleiben oder selbständiger Bundesstaat werden soll. Das Verfahren der Volksabstimmung über den Selbstständigkeitsregeln. Stimmt die Bevölkerung für die Autonomie, so soll diese sofort eintreten, ohne daß es erst des eigentlich verfassungsmäßig notwendigen Reichsgesetzes bedarf.

Es ist dann sofort eine Landesversammlung zu wählen, die die Regierung einsetzt und dem Lande die Verwaltung gibt. Der Reichspräsident bestimmt die Wahlordnung, den Wahlkreis und den Wahltag. Bis zur Einsetzung der Landesregierung vertritt der preussische Oberpräsident in Oberschlesien das Land. Das sind im wesentlichen die Grundzüge des Regierungsentwurfs, dessen Annahme höchstens mit unessentialen Veränderungen sicher ist, besonders, da jetzt auch die preussische Regierung ihren Widerstand aufgegeben und ihm zugestimmt hat.

→ Österreich. Die Reparationskommission legte der österreichischen Regierung den Wunsch Frankreichs, auch nach einer Beendigung der Wehrmacht auf 6000 Mann „neues Erbkaiser“,

minister noch blieb die Kommission im Rahmen der Reichsregierung willkommen. Zum Vorsitzenden der Zentralstelle berief der Reichsminister den Staatsminister A. D. Grafen Böttner. Es wurde eine Verfassung, Ordnung, Verfassung und der Kommission der Name Zentralstelle für die Gliederung des Deutschen Reiches gegeben. Die Aufgabe der Zentralstelle ist die Abgabe gesetzlicher Gutachten.

Die Kosten der feindlichen Besatzung.

Die Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages. Der Reichsfinanzminister Plamann machte zu Beginn der Etatsberatung für die feindlichen Interessenten Mittelungen über die Kosten der feindlichen Besatzung, die in einem großen Teile der Presse unrichtig mitgeteilt seien. Er betonte, daß die Mittelungen der belgischen, englischen und amerikanischen Presse offensichtlich unrichtig und unvollständig seien, daß sie keinerlei Grundlage für die Kostenveranschlagung abgeben könnten. Der Gesamtantrag für die belgischen Gebiete einschließlich der beantragten Erhöhungen betrage

15 723 000 000 Mark.

Dann wandte sich der Reichsfinanzminister gegen den Antrag Geffers, der bezog, die Kosten für den Derausgang der Alliierten auf 30 Millionen festzusetzen, indem er es für unmöglich hielt, Mittel zu streichen, von denen man heute schon wisse, daß sie tatsächlich entstehen. Dem schloß sich auch ein Vertreter des Reichstages an, Ministerium.

Abg. Kottel (Dsm.) hat, aus den geneigten Mittelhand bei der Vergabe von Arbeiten für die Bauen der Besatzungstruppen zu berücksichtigen. Abg. Mumm (Dsm.) befragte die Vereinigung des deutschen Behördenapparates und hielt den neuen Kommissar für die Arbeit in den besetzten Gebieten für überflüssig.

St. (Dsm.) wendet sich gegen die hohen Aufwandskosten, die die feindlichen Truppen aus Reichsmitteln bestreiten.

Reichsminister Dr. Simons nahm zu der Frage Stellung, ob als Protest gegen den Druck der fremden Verwaltung in den besetzten Gebieten die von der Reichsregierung beanspruchten Mittel zur Erfüllung der in Betracht kommenden Leistungen aus dem Friedensvertrage abzuhängen seien. Er ist dazu, von dieser Art des Protestes Abstand zu nehmen, da außenpolitisch nur unangenehme Wirkungen heraus zu stehen könnten. Ein Protest könnte ja in anderer Form erfolgen. Dann wandte sich der Reichsminister gegen die Unterwelt, die sich darin äußert, daß die Besatzungsmächte mit deutschen Mitteln den Ententeinteressen gegenüber und unterliegen, während sie vorgeben, den Krieg gegen den deutschen Militarismus geführt zu haben. Der Reichsminister sprach die Hoffnung aus, daß auch diese Frage in Genuß zur Klärung gebracht werde.

Abg. Dr. Felscher (Dsm.) warnte dringend vor der Ernennung eines neuen Kommissars. Solch dieser erzielte Arbeit leisten, so mußte er mit bitatorialer Notwendigkeit ausgedrückt werden, die er für ausgeschlossen hält.

Abg. Solmann (Dsm.) verlangte nähere Auskunft über die Kosten der fremden Kommissionen und Besatzungen.

Geheimer Regierungsrat Klamm (Reichsgewalt) bemerkte: Wir haben von den Besatzungsmächten bis heute nur große Summen überlangt bekommen. Eingelagert sind und nie gegeben worden. Würde nicht sofort bezahlt, so werden die Gelder bei der Reichsbank requiriert. Wir haben wiederholt dagegen Einspruch erhoben. Eingelagert haben die Kosten, die der Derausgang erfordert, haben wir erhalten. Es sind dies aber alles Zahlen, die vor Bekanntgabe der Nachprüfung bedürfen. Hoffentlich gelingt es, bis zur Vorlage der nächsten Etats die Sache auch in einzelnen zu klären.

Bei der Abstimmung wird ein Antrag auf Herabsetzung der Besatzungskosten und auf Begrenzung der Kosten zu drängen, angenommen. Der Antrag, die Kosten der Besatzungsbehörden (Derausgang) von 20

auf 40 Millionen Mark zu erhöhen, wird ebenfalls angenommen.

Die hohen Besatzungskosten bilden nun etwa nicht, wie mancher vielleicht annehmen wird, einen Teil der von Deutschland zu zahlenden Kriegsschuldung, sondern sind besonders der ungeschorene Schwanz, die mit dazu beiträgt, Deutschland den finanziellen Ruin näher zu bringen. Ob das die Entente einmal einsehen wird?

Vermischtes.

— Vom Weltkriegsgericht in Madrid. Die Beratungen in den Kommissionen des Hofkriegsgerichtes sind in vollem Gange. Es liegen auch schon einige Kommissionsbeschlüsse vor, die natürlich noch der späteren Bestätigung durch die Vollversammlung des Hofkriegsgerichtes bedürfen, aber doch bereits erkennen lassen, nach welcher Richtung sich die Anschauungen des Hofkriegsgerichtes bewegen. Als Grundlage für den künftigen Vereinstarif und die Abrechnungen zwischen den Hofverwaltungen hat die Kommission den Gedanken angenommen. Die Gebühren für Besatzungen sollen im allgemeinen verdoppelt, zum Teil aber noch weitergehend erhöht werden. Briefe sollen künftig 30 Ct. (statt 25 Ct.) für die ersten 20 Gramm und 25 Ct. (statt 15 Ct.) für die folgenden 20 Gramm kosten, Postkarten 30 Ct. (statt 10 Ct.). Für Deutschland ist wichtig, daß bei Umrechnung dieser Sätze in die Landeswährungen nicht genau der Paritätsverhältnis angewendet zu werden braucht, jedoch die deutschen Briefgebühren nach dem Ausmaß auch künftig unter Berücksichtigung der deutschen Bedürfnisse festgelegt werden können. Nach den sonstigen Verhandlungen in den Kommissionen ist damit zu rechnen, daß der Nachschubbedarf für Besatzungen und Patente gleichmäßig geregelt werden wird. Die bei Druckungen zugelassenen handgeschriebenen Zusätze will der Hofkriegsgericht keinesfalls noch vermehren, er beabsichtigt im Gegenteil aus finanziellen Gründen und zur Vereinfachung des Dienstbetriebes die zugelassenen Zusätze zu vermindern.

Granatexplosion durch Granatexplosion. Im Norden Berlins entstand durch Entladung einer Mindegranate eine furchtbare Explosion. Es wurden drei Schwerverwundeten, mehrere Verletzte, darunter ein Menschenleben forderte. Ein erwerbsloser Arbeiter erlitt eine Verletzung und seine Familie durch Sammeln von Munition und Sprengstoffen, die er auf den Schießplätzen in der Umgegend Berlins fand. Schon des öfteren wurde er von seinen Mitbewohnern auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die dem ganzen Hause durch sein leichtfertiges Entgegenkommen von Windgängern entstehen könnten, was ihn an der Ausübung seiner gefährlichen Tätigkeit jedoch nicht hinderte. Als er nun wiederum an die Entladung einer der Wirkung nach 10 bis 15-Zentimeter-Granate ging, entstand eine von lauter Schall begleitete furchtbare Explosion. Die ganze Vorderwand des 4. Stockwerkes stürzte nach der Straße, riesige Steinblöcke fielen von der Seitenwand und fielen in den Hof. Nur schwer gelang es der Feuerwehr, die Verletzten zu bergen, da der 4. Stock in den 3. gestürzt war. Der unbefähigte Arbeiter hat seinen Leichnam mit dem Leben bezahlen müssen, während seine Familienangehörigen so schwer verletzt sind, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird.

* Randensüberfall auf das Brauhaus. Wie das „Plantenburger Kreisblatt“ berichtet, wurde in der Nacht zum Donnerstag zwischen 1 und 2 Uhr Brauhaus im Dorf von einer bewaffneten Bande in Stärke von 20 bis 30 Mann überfallen. Die Bande hatte sich der Gestirte schwarz gemacht. Zunächst wurde der Bahnhofsvorsteher mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, die Kasse herauszugeben. Der Raubüberfall beim Postamt und der Staatsbank blieb vergeblich, weil inzwischen die Straßenbeleuchtung eingeschaltet worden war und die Feuerwehr den Ort alarmiert hatte. In dem entstehenden Menschenandrang auf den Straßen sind die Banditen unerkannt entkommen. Der Überfall wurde planmäßig vorbereitet, indem sämtliche Telefonleitungen abgeschnitten wurden. Zufälle vom Jahre 1920.

* Anstrengungen gegen Landwirte. Während einer Sitzung des Kreiswirtschaftsverbandes in Hohenberg in Schlefien sammelte sich vor dem Verammlungslokal eine größere Menge von „Arbeitern“ an; man entzündete eine Abordnung zu den Landwirten, um ihnen Barmittel wegen der hohen Lebensmittelpreise zu machen. Man drang die Menge in den Saal ein und schleifte die Landwirte in einen Bogen, der mit Schilfen, die Ausschüttungen trugen. „Hier sind die „Widerer“ und verglichen, umhängt, war der Ring wurden die Pferde ausgespannt, und die Bauern unter Anstrengungen gezwungen, den Wagen, auf den sich Arbeiter gesetzt hatten, zu ziehen. Schließlich wurden die Landwirte wieder freigelassen. Polizei schritt nicht ein.

* Raubüberfall auf einen Hofbesitzer. Bei dem Hofbesitzer Wolf in Magdeburg wurden drei Männer ein und verlangten, sie zu essen. Nachdem sie gegessen hatten, gaben sie auf den Besitzer einen Revolverdruck ab, der diesen sofort tötete. Der hingerichteten Frau und ihren Kindern brachten die Männer mit Messern und Sägen herbeiführende Verletzungen bei und warfen sie auf die Leichen am Boden Liegenden Betten und Decken, die sie mit Petroleum tränkten und anzuzünden versuchten. Hierbei wurden sie jedoch gestoppt, da sich ein Sohn des Besitzers, selbst schwer verletzt, zu Nachbarn geschleppt hatte, um Hilfe herbeizuholen. Unter Mithilfe von 12 000 M. sind die Räuber dann entkommen. In einem der Räuber will man einen Russen erkannt haben, der früher als Kriegsgefangener in dem Dorf gearbeitet hatte.

* Raubüberfall auf Brauhaus. Wie das „Plantenburger Kreisblatt“ berichtet, wurde in der Nacht zum Donnerstag zwischen 1 und 2 Uhr Brauhaus im Dorf von einer bewaffneten Bande in Stärke von 20 bis 30 Mann überfallen. Die Bande hatte sich der Gestirte schwarz gemacht. Zunächst wurde der Bahnhofsvorsteher mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, die Kasse herauszugeben. Der Raubüberfall beim Postamt und der Staatsbank blieb vergeblich, weil inzwischen die Straßenbeleuchtung eingeschaltet worden war und die Feuerwehr den Ort alarmiert hatte. In dem entstehenden Menschenandrang auf den Straßen sind die Banditen unerkannt entkommen. Der Überfall wurde planmäßig vorbereitet, indem sämtliche Telefonleitungen abgeschnitten wurden.

Gesellschaftliches.

* Kapitalverflechtungen ins Ausland. Ein Prozeß vor dem 8. Strafsammer des Landgerichts I in Berlin weist ein großes Schlaglicht auf das vaterländische Treiben gewisser Kapitalherrscher, die entgegen der Verordnung vom 21. November 1918, bedenkende Geldsummen in das neutrale Ausland vertrieben, um so der Besteuerung zu entgehen. Unter den Angeklagten befinden sich u. a.: Vegetationsfreund A. D. Joachim B. Ernst (Gegenstand: 600 000 M.); Geh. Kommerzienrat Dr. Wilhelm D. Döbel zu Mühlheim (Gegenstand: 2 Millionen Mark); Baronial Mar Belmann in Münden (Gegenstand: 1 505 000 Mark); Kommerzienrat Dr. Karl Hymann in Gießen (Gegenstand: 300 000 Mark); Rechtsanwalt Dr. Otto Kohn in Münden, der beschuldigt ist, dem Angeklagten Hymann bei dem diesem begangenen Vergehen wissenschaftlich durch Rat und Tat Hilfe geleistet zu haben. In der Verhandlung bestritten sämtliche Angeklagten mit aller schärfsten Behauptung die Unschuld. Ihre Steuerrollen seien vollständig in Ordnung. Schließlich will sie das in Frage stehende Formular nicht unterschrieben haben, teils betonten sie nachdrücklich, daß sie schärfste Hilfe für geschäftliche Unternehmungen, Gründungen u. d. in der Schweiz haben schaffen wollen. Wie auch immer die Verhandlung ausfällt, das eine verdient festgestellt zu werden, daß es zu den gemeinsten Verbrechen an der schon demütigsten und demütigsten Wirtschaft gehört, bedeutende Reichtümer in dem Umfange und der Besserung durch Kapitalflucht in das neutrale Ausland zu entziehen.

Ein Versprechen.

5. Erzählung nach dem Englischen v. Th. A. Kaufhensels

Aber weniger die persönliche Gefahr, in der er stand, als der Umstand, daß er eines geplanten Verbrechens und unfähig zu sein, es zu verhindern, war es, in dem ihm eine furchtbare Aufgabe ergab.

„Wenn mir etwas passiert — gut, so ist es nur mich allein oder mein Leben habe ich mit nichts als flüchtig zu erhalten gewußt“, dachte er. Dann erregte er die Konjunktur, die ihm eventueller gewalttätiger Tod für seinen Freund Mr. Forsyth im Besitze haben würde. Sein Erbe würde nach dem Tode ein mit Familie begabter Mann sein, der, ein berühmter Gelehrter, sicherlich seinen Freund sofort an die Welt setzen würde. Und er hatte Forsyth bezeugen, seine sichere Stellung als Beamter im Foreign Office aufzugeben. Dann gebotete er Reonie Ebermann. Würden seine Feinde nicht dafür Sorge tragen, daß die reine Freundschaft zwischen der jungen Amerikanerin und ihm in die Brüche ginge? Sollte er dennoch Ziegler Gesellschaft leisten? Unmöglich, denn er würde den Traditionen der Ebermann treu bleiben. Sollte er, solange das Schicksal des Damocles über seinem Haupte schwebte, überhaupt daran denken, die Zukunft Reonies mit der seinen vereinigen zu wollen?

Beaumont, eine Beute der widerstrebendsten Empfindungen geworden, schien plötzlich einen Entschluß gefaßt zu haben.

Er wollte eine anonyme Anzeige erstatten! Schon hatte er die Feder zur Hand genommen, um den Brief an die Polizei abzufassen, als er, bekümmert aufsteigend, sie wieder weglegte.

„Anonym? Nein, es wäre unehrenhaft!“ dachte er. Und das Schreiben mit seinem Namen unterzeichnen — war das himmelstreichend nicht ein Eingeständnis, mit jener Bande von Verbrechern unter einer Decke gestiftet zu haben? Er machte die Feder brechen und wenden, wie er wollte, aus diesem Labirinth eines Ausweges zu finden, ohne seiner Ehre in der einen oder anderen Weise nachzutreten, schien ihm unmöglich. Dieser der Tod.

Siehe er doch wenigstens in der Abgeschlossenheit seines kleinen Schlosses Forsyth bei sich gehabt! Aber dieser Vor-

stand sich in London und entschuldigte seine Abwesenheit. Beaumont griff in seine Brusttasche und zog Forsyths Schreiben hervor, das er heute schon zum ersten Male durchlas.

Mein teurer Freund!

Man macht mir im Foreign Office Schwierigkeiten wegen der mir erbetenen Entlassung. Ich hoffe dich spätestens Dienstag sehen zu können. Wie geht es dir? Ich bin in guter Form um dich, denn dein Aussehen und dein aufgeregt sein lassen mich alles ahnen. Ich wünschte nur, daß du zu mir wärest, um mich selbst zu überzeugen. Deine Sorgen verschwinden zu können. Wäre ich nur schon bei dir! Gestern wollte ich bei meinem Onkel, dem General Sargrave, noch mit dem Berminghams teilen, wie ich und Mrs. Sherman kennen zu lernen. Wie Reonie ist reizend. Als im Laufe des Gesprächs dein Name genannt wurde, erzählte sie dir, daß Sargrave das hat nämlich erzählt, daß Mr. Sargrave, der Beamter, auf den „St. Paul“, mit dem Sargrave von Beaumont identisch ist, die Einladung dich zu mir verleiht. Es kam überraschend. Die Einladung Mrs. Sargrave Eglinton habe ich nicht Folge geleistet.

In treuer Freundschaft

Alexander Forsyth.

Beaumont faltete den Brief und steckte ihn wiederum in die Tasche.

„Wozum sollte ich meinen Besuch bei Sherman ablassen und mich in die Straße begeben. So werde ich nicht vor diesem dämlichen Clinton Ziegler verstecken!“ murmelte er halblaut vor sich hin. „Was kommen, was da will.“

Die kleine Kirche, in welcher die verschiedenen Generationen der Beaumonts ihre Andacht zu verrichten pflegten, war ein altertümlicher, in der Mitte des kleinen Dorfes gelegener Bau, ungefähr einer Meile von der Stadt entfernt. Benützte man aber den Weg, der durch den Park führte, so schritt man ein gemächliches Stück ab.

Dießen Weg schlug auch der junge Sargrave ein. Die Landeute, wie er in der Nähe der Kirche traf, erwarteten einen Wagen mit dem üblichen gallonierten Dienern vorfahren zu sehen und waren nicht wenig erstaunt, ihren Gutsbesitzer zu erblicken, der allein und ohne übliche Begleitung sich zu Fuß zur Kirche begab. Sein gewinnendes

Antlitz, der vergaßte Gendarm, den er mit einigen Ausländern kannte, die ihn von seiner Krankheit her noch kannten, gaben ihm die Sympathien aller. Während des Gottesdienstes waren alle Blicke auf den Kirchenstuhl gerichtet, in dem Beaumont allein Platz genommen hatte. Er atmete erleichtert auf, als die kirchliche Zeremonie beendet war, um dem unwiderstehlichen, ihm höchst peinlichen Anblick seiner guten Wächter zu entgehen und den Genuß wiederum einzuschlagen zu können. Eben wollte er den Weg, der durch den Park dem Schloß aufwärts, betreten, als er hinter sich hollige Schritte vernahm. Es war der Bote Brittons, der ihn am Tage seines Eintreffens in Brittons Lantant begrüßt hatte.

„Gute Herrlichkeit noch immer alle? Würden Sie mir nicht das Berminghams danken, heute bei mir zu speisen?“ Beaumont nahm die Einladung dankend an. Während ihm in Gesellschaft dieses vortrefflichen Seelorgers doch Stunden reimer Freunde.

Er machte Schritt und betrat das Parkhaus, wo bereits alles zu seinem Empfang vorbereitet worden war.

Es war ungefähr vier Uhr nachmittags, als Beaumont sich dem würdigen Wirtter empfahl, um den Rückweg nach dem Schloß anzutreten.

Mit höchster Ungeduld und verführten Mienen erwartete der Kammerdiener seinen Gebieter schon vor dem Eingangsport des Schlosses.

„Ist denn ein Unglück geschehen?“ fragte der Sargrave den Diener. „Warum Britton hat doch einen Knaben hierher geschickt, um mich zu verständigen, daß ich im Parkhaus bleiben sollte.“

Aber etwas anderes ist vorgefallen. Auf dem Weg zum dritten Gärtner, wurde, während er, von Gottesdienste zurückkehrend, den Park polierte, ein Attentat zu verüben versucht. Es wurde ihm von drei oder vier eine Schlinge um den Hals geworfen, in der er, ehe man in Amerika fängt, hing. Darauf drückte ein Mann aus dem Gebüsch hervor, näherte sich dem Gärtner, der, unfähig, sich zu bewegen, hilflos auf der Erde lag, loderte ihm die Schlinge um den Hals, den Sargrave wieder laufen. Er wollte sich nur einen Schuß machen, meinte er später. Sargrave, ein Mann, von dem man getrost sagen kann, daß er keine Feinde besitzt.

(Fortsetzung folgt)

Bonnystute
angest., steht billig zum Verkauf
Klabes,
Gasthof z. Weintraube,

Unterhaltenes
Sinderfchreibpult
zu verkaufen. In erfragen in der
Geschäftsstelle d. Bl.

Ein
Kausgrundstück
mit Stallung und Scheune, in
Gommis gelegen, und eine Rabel
Wiese, 7 ar 20 qm groß auf
Markt Riemitz zu verkaufen.
Anstufit darüber erteilt
Hermann Albrecht

Kaufe
alle Sorten Felle
Schlachte
Ziegen unentgeltlich
sowie verkaufe einen dreijährigen
starken Bughund
Lampert, Renden

Bitte ausschneiden!
Hunde aller Rassen
auch zum Schlachten
kauft ständig und zahlt die höchsten
Preise. Postkarte genügt.
Kommte sofort.
F. Jabel, Dessau, Schützstraße 27

Maisschlempe
heinkuchenschrot
Rapskuchenschrot
Kainit

Kali
schwefels. Ammoniak
la. Stückenkalk
Zementkalk
Zement
Gips

Rohrgewebe
Poröse Steine
Backofenplatten
hat auf Lager
Albert Dillisch Nachf.

Prima Federad-
Mäntel u. Schlänche
zu wieder bedeutend herabgesetzten
Preisen.
Fahrräder u. Zubehörteile
Schnellste und billigste
Reparatur-Werkstatt.
Fr. Böhm, Leipziger-Straße 12

Lüdecke & Sohn Inh. Gebr. Schneider

Schloßstraße 29

Wittenberg (Bez. Halle)

Coswigerstraße 7

Damen-Mäntel
in schönen, weichen
Flauschstoffen, moderne
Farben, beste
Verarbeitung

□ Astrachan-Mäntel □

Billige Mäntel
aus
festen, soliden Stoffen
in großer Auswahl.

Fertige Damen-Kleider
für Ball und Gesellschaft.
hochmod. Verarbeitung,
in Seide und Wollstoffe.

Praktische Kleider
für Straße und Haus in
Cabarine—Cheviot
Popeline—Samt

Kostüm-Röcke
in Wolle und Seide.

Strickjacken
und
Flauschjacken
in allen gangbaren Farben

Damen-Blusen
in Seide, Wolle, Wasch-
stoff, steter Eingang von
Neuheiten.

Unterröcke
in Wolle und Seide.

Backfisch-Kleider
für Tanzstunde und Ball
aus Voile - Wolle - Seide
in reizenden Neuheiten.

Backfisch-Mäntel
und -Jacken
in reicher Auswahl.

Strümpfe, Gamaschen
für Damen, Herren und
Kinder

Kleider-Stoffe
Cabarine—Cheviot
Popeline—Crêpe

Hauskleiderstoffe
Samte
in gangbaren Farben.

Seide für Kleider
und Blusen

Brautseiden

Elbfische

sind wieder eingetroffen bei
Wag. Schneider

Prima neue
Fetttheringe
frisch. Fettbücklinge
Bratheringe
empfiehlt sich frisch
Schneiders Fischgeschäft
Zug. W. Geisler

fl. Tilsiter Käse
empfiehlt **A. Huhn**

Bei Rheumatismus, Gicht, Gliederreissen
Steifheit der Gelenke, Gliederlähmung,
gebrauche man
Draesels Rosenstengelspiritus
Als Einreib- und Wollagmittel
seit altersher angewandt. Flasche 7.50 M.
Versand: Grüne Apotheke, Erfurt 366

Heute
frisch eingetroffen

Bücklinge
Milka-Margarine
empfiehlt ferar
Neue 1920er deutsche
Vollheringe
hochfein im Geschmack
Max Schneiders Fisch- u.
Vorkostgeschäft

Pa. Schweineschmalz
Feinste Fettbücklinge
geräuch. Schellfisch

Pa. Vollheringe
Saure Gurken, f. Käse
Frische Zitronen
Speisezwiebeln
empfiehlt **J. G. Glanbig**

Wassersucht
geschwollene Beine, Anschwel-
lungen gehen zurück. Herz wird
ruhig u. Magenbrust verfließt
sich, durch einfaches Mittel. Aus-
kunft kostenfrei, nur gegen Rückmarke.
Zollanfischer Deuburg
Mühlberg a. Elbe R. 124.

Husten, Atemnot
Verjaleimung.
Schreibe allen Leidenden gerne un-
kosten, womit ich mich von meinen
schweren Lungenerleiden selbst befreite.
Franz Rüdiger, Hannover R. 124
Osterstraße 56

Nach bei Gontjuden, Flechten, Krätze,
offenen Heimgeschwürten gern umloßt
Auskunft. Rückmarke erwünscht

Dezimal-Wagen
Haus- und Wirtschaftswagen
Fleischwölfe
zu haben bei
Fr. Heyn, Eisen u. Kurzwaren.

Jugend-Verein
Unsere Besammlungen finden wieder
regelmäßig
jeden Freitag
abends 7/9 Uhr in der Schule statt
Der Vorstand

Nürnberger Lebkuchen
darf auf keinem Weihnachtstisch fehlen! 4 Pakete à 6 Stck M. 9.00
gegen Nachnahme. Außerdem mein beliebter türkischer Souig, gewickelt,
20 Stck. M. 10.—
Versandhaus Servatus, Abt A, Wittenberg (Bez. Halle)

Brennholz-Kreissägen
baut nach neuester Konstruktion mit beweglichem Tisch und gefe-
helter Schuvorrichtung, wobei ein Verlegen unmöglich ist.
Verlangen Sie A. gebot.
H. Gutheil, G. m. b. H., Werkzeugfabrik
Kemberg (Bez. Halle)

Frauen, Mädchen Denken Sie sich bei
Regelstörungen +
unbedingt an mich. Sie haben mit meinen Spezialmitteln in 3
Tagen Erfolg. Garant. unbedinglich. Diskreter Versand
Johanna Gademars, Hamburg 200, Hohe Bleichen 34

Hotel „Zur Post“
Sonntag, den 14. November, von nachmittags 3 Uhr an
allgemeiner Ball
Um werben Besuch bitte!
Paul Günther

Heute gemütliches Beisammensein
im
Hotel Palmbaum
Einweihung des
neuen eleg. Instruments,
das Beste der Leipziger Orchestration-Werke von Böfche
Um gütigen Zuspruch bitten **Arthur Müller u. Frau**

Radfahrer-Verein „Wanderlust“
Gaditz
Sonntag, den 14. November, von nachmittags 3 Uhr an
Ball, verbunden mit Preis-
schießen und dergl.
wora freundlichst einladet
Der Vorstand

Kalender für 1921
sind eingetroffen bei
Richard Arnold
Für die uns zu unserer silbernen Hochzeit in so
reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir
hiermit unsern herzlichsten Dank.
Kemberg, den 10. November 1920.
Karl Reppmann und Frau

: Drillmaschinen :

Pflüge — Eggen — Krimmer — Kultivatoren
Jauchepumpen : Jauchefässer
Rübenschneider, Kartoffeldämpfer, Kartoffelquetschen

Einbau-Dreschmaschinen

sowie sämtliche landwirtschaftl. Maschinen und Geräte
liefert prompt und preiswert

Aloys Schmidt, Landwirtschaftliche Maschinenbau-Anstalt
Bad Schmiedeberg Fernsprecher 80